Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 46

Rubrik: Politische Rundschau

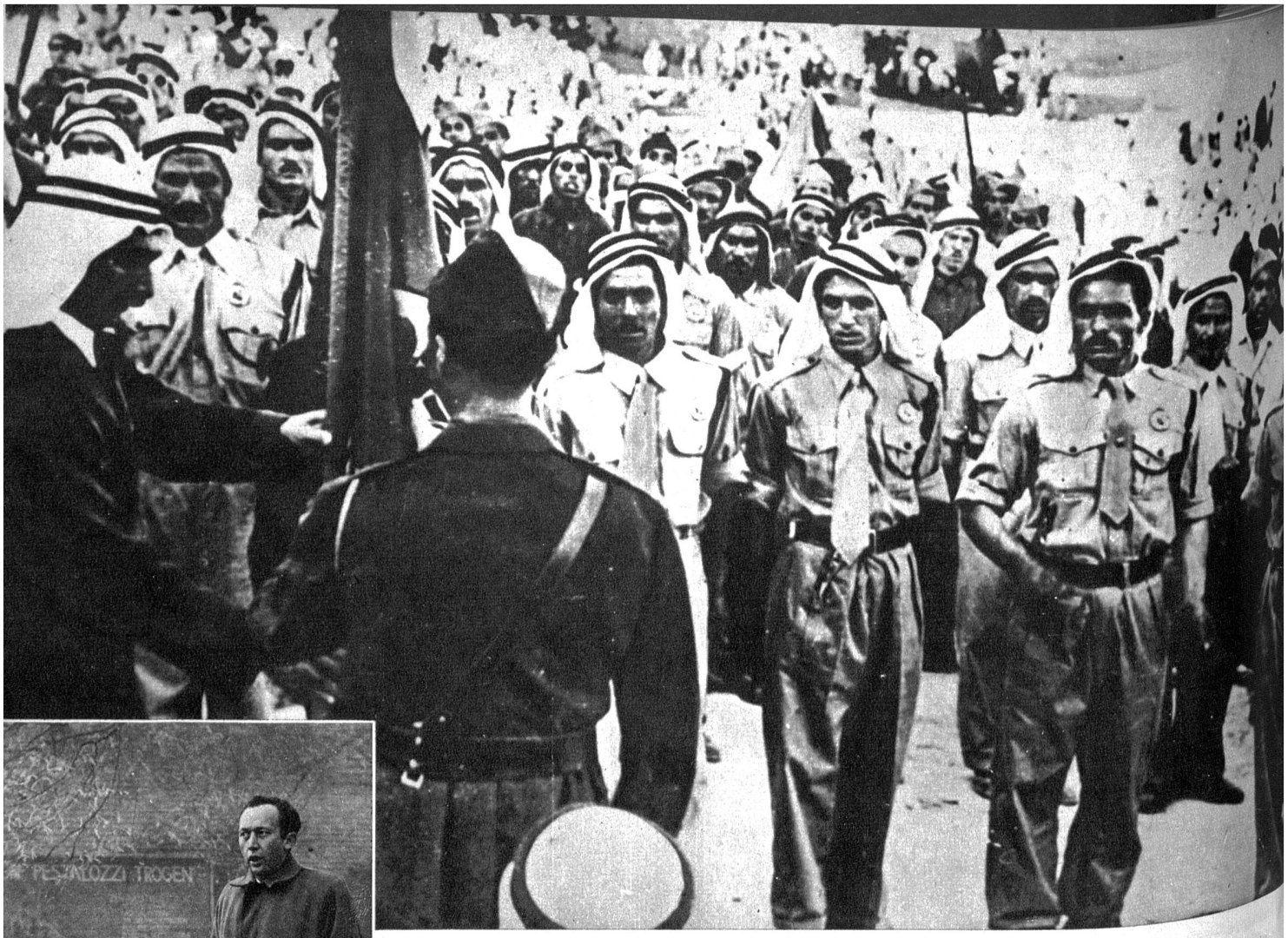
Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

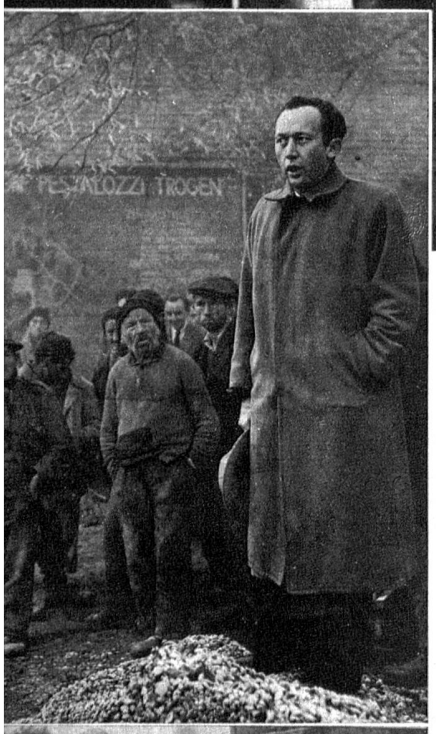
Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



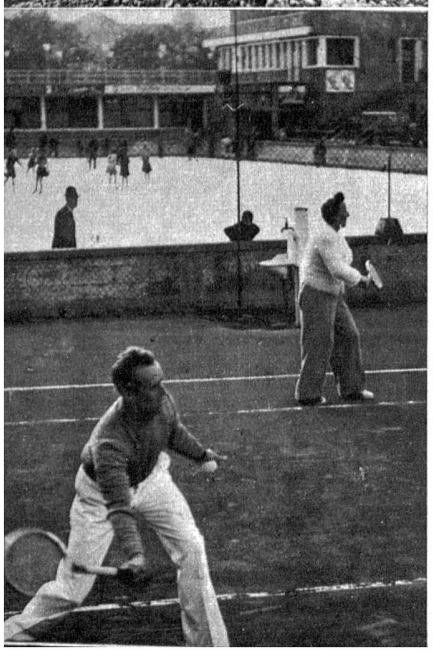
Der unterirdische Kampf in Palästina

In Palästina geht der unterirdische Kampf zwischen den illegalen zionistischen und arabischen Organisationen unerbittlich weiter. So haben die Araber in aller Stille eine geheime Armee organisiert, die auf den Grossmufti von Jerusalem vereidigt ist und unter dem Kommando von Kamel Areikat steht. Hier pflanzt Kamel Areikat (links) anlässlich einer militärischen Uebung in der Nähe des Dorfes Sur Baher die Flagge seiner Armee auf. (ATP)



Aufrichtefest im Pestalozzi-Kinderdorf in Trogen

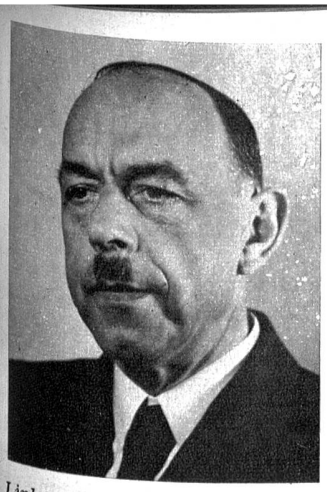
Im Kinderdorf in Trogen, dem schönsten Werk des Pestalozzi-Jahres, ist die erste Bauetappe zum Abschluss gebracht worden: das Kinderdorf konnte sein Aufrichtefest begehen. Architekt Fischli, der Schöpfer des Pestalozzi-Kinderdorfes, dankt hier in einer inhaltsvollen Ansprache allen seinen vielen Mitarbeitern. (ATP)



Sommer- und Wintersport reichen sich die Hand

Die letzten warmen Herbsttage waren Grund zu einer seltenen Begegnung: Auf den direkt neben der Ka-We-De gelegenen Tennisplätzen Dählhölzli an der Jubiläumstrasse wurde noch beharrlich dem ausgesprochenen Sommersport, dem Tennisspiel gehuldigt, während bereits auf der spiegelglatten Eisfläche der kürzlich eröffneten Ka-We-De sich gross und klein tummelte. (Photopress)

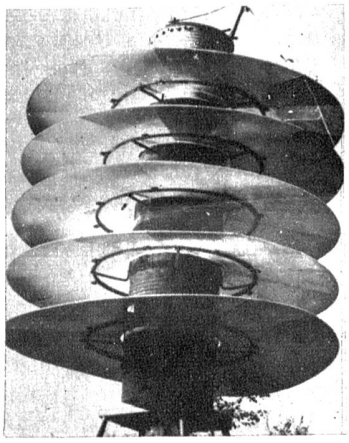
Ein auffallend langer, ausziehbarer Camion mit der Aufschrift «Schweizer Spende» erregte vorige Woche am Donnerstag die Aufmerksamkeit der Passanten auf den Parlamentsplatz. Die Schweizer Spende stellte einen ihrer neuen Schirmbild-Camions betriebsbereit zur Besichtigung auf dem Parlamentsplatz auf. Sie bedient sich erstmals solcher Wagen zur Bekämpfung der Tuberkulose in kriegsgeschädigten Ländern. Der Wagen kann in der Betriebsbereitschaft zweiteilig ausgezogen werden. (Photopress)



Links: Der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes hat an Stelle des als schweizerischer Gesandter in Budapest berufenen Dr. Feisst zum Chef des Eidg. Kiregsernährungsamtes J. Landis, Direktor der Abteilung für Landwirtschaft, ernannt.

Rechts: Dr. med. Richard La Nicca, von Sarn, Chur und Bern, verschied am 6. November in seinem 89. Lebensjahr in Bern. Der Verstorbene praktizierte während mehr als 30 Jahren als geschätzter Frauenarzt in Bern. Er gehörte bis vor einigen Jahren dem Stadtrat von Bern und dem bernischen Grossen Rate an und war seinerzeit Präsident der Offiziersgesellschaft der Stadt Bern, der Sektion Bern des SAC, der Naturforschenden Gesellschaft und der bernischen Naturschutzkommision. Ferner war er Mitbegründer und langjähriger Präsident des Vereins für Säuglingsfürsorge (Milchküche) Bern. Im Militär bekleidete er den Grad eines Oberstleutnants der Sanität.

Die landwirtschaftliche Versuchsstation des amerikanischen Staates Michigan in Lansing, hat einen Frostschutzapparat konstruiert, der bereits in der gesamten amerikanischen Landwirtschaft Eingang gefunden hat und im Kampf gegen Frostschäden gute Dienste geleistet hat. Es hat sich gezeigt, dass pro 40 Aren ein Apparat aufgestellt werden muss, der einen Klimaausgleich bis 8 Grad schaffen kann. Die Herstellungskosten des Frostschützers belaufen sich auf ungefähr 350 Fr. Der Apparat wird mit Oel betrieben. Die Betriebskosten betragen 3 Franken pro Stunde.



Ueber 30 000 Zuschauer wohnten am Sonntag auf dem Berner Stadion Wankdorf dem Fussball-Länderspiel Schweiz-Oesterreich bei, das die Schweizer noch in den letzten drei Minuten zu ihren Gunsten entscheiden konnten und mit 1 : 0 Toren als Sieger aus dem Treffen hervorgingen.

Unser Bild zeigt die Mannschaften beim Betreten des Platzes. Vorn die beiden Mannschaftsführer Amado und Binder. (Pressbild Bern)

Im Rahmen der derzeitigen UNO-Konferenz begab sich Aussenminister Molotow in Begleitung seines Stellvertreters Wischinsky an das Grab Roosevelts im Hayde-Park, wo sie einem Kranz niederlegten. (ATP)

Das französische Schlachtschiff «Richelieu» hat Portugal eine «Staatsvisite» abgestattet und ist in den Hafen von Lissabon eingelaufen. Der Staatspräsident von Portugal, Oscar Fragoso Carmona, von Admiral Vermeilleux begleitet, begab sich an Bord des stolzen französischen Schlachtschiffes und schritt dort

POLITISCHE RUNDSCHAU

Wohnungsbau ungenügend

-an- Während wir in der Bundesstadt einer ersten kleinen Lockerung der Wohnungsnot entgegensehen, scheint sich anderswo erst jetzt die Entwicklung der letzten Jahre auszuwirken. *In Zürich* sind beispielsweise *2000 Familien ohne Wohnung,* haben Zimmer beziehen müssen und werden weiterhin wohnen wie «zu ledigen Zeiten». Dadurch wurden nun wiederum die Mieten für Einzelzimmer in die Höhe getrieben — Preiskontrolle hin und her. Man erzählte uns von einer Mansarde, nicht grösser als ein alter Tramwagen, mit abgeschrägter Decke und einem winzigen Fensterchen: 130 Franken. Das heisst, es wurde angeblich so viel gefordert, dann aber doch nicht bezahlt. «Die Leute riskieren einfach, dass man sie bei der Preiskontrolle verklagt», sagte unser Gewährsmann. Das heisst: Sie sind sicher, nicht verklagt zu werden, weil ja doch die Mieter über jede verfügbare Ecke froh sind. «Gäll Vater, we me seit Husbesitzer, das isch nid gfluecht», sagte ein kleines Mädchen, das auf der Strasse bei andern Kindern etwas aufgeschnappt hatte. «Wart nume, i dreine Jahre fluecht me de umen andersch — de fluecht me de «Mieter»!» versichert der Vater. Stimmungsbild aus der Zeit der Wohnungsnot und der Zeit der Mieter-Ressentiments.

Es gibt Leute, die sind der Ansicht, an der so langsamen Behebung der Wohnungsnot sei nichts anderes schuld als *die Bestimmungen des Mieterschutzes.* Die künstliche und systematische Niederhaltung der Mieten unterbinde einfach die Wohnbaufreude jener Kreise, die gern ihr Geschäft machen würden, es aber nicht könnten, so lange man ihnen die Preise beschneide. 3,8 oder 3,5% Rendite des Eigenkapitals für einen Bauherrn, der Mietwohnungen erstellen wolle, sei kein genügender Anreiz. Der *genossenschaftliche,* von Bund, Kantonen und Gemeinden subventionierte Wohnungsbau aber sei wiederum eingeschränkt durch alle möglichen Umstände: *Grenzen der Mittel, welche die öffentlichen Stellen aufwenden dürften,* Grenzen die durch die verschiedenen Budgets, letzten Endes aber durch die Widerstände der Steuerzahler bestimmt würden. Dazu komme, dass alle Subventionsgesuche einen viel zu langen und umständlichen Weg zu beschreiten hätten. Und während so alles zur Verlangsamung des Bauens beitrage, ginge die Entwicklung ihren Weg. Die Wohnungssuchenden nähmen zu, machten sozusagen das Rennen, und gehe es weiter wie bisher, übersteige die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot im kommenden Jahre noch mehr als im laufenden. Sprach man nicht im vergangenen Frühling von 500 wohnungslosen Familien in Zürich — und jetzt von 2000? Und wie steht es in den Landgemeinden? Etwa zwischen Thun und Bern? Etwas ist jedenfalls nicht in Ordnung! Das privatwirtschaftliche Bauen liegt in Fesseln, das durch die öffentliche Hand geförderte, ebenso dank dem System, von welchem es abhängt. Nicht zu vergessen, dass der Liegenschaftenhandel sich die neuen, an der Mietenhöhe älterer Häuser gemessen, überteuerten «Objekte» ansieht, als wären es geladene Minen, die platzen könnten.

Nach den Wahlen in USA

Der vorausgesehene *Sieg der Republikaner* in den Wahlen für den Kongress, das heisst das Repräsentantenhaus und den Senat sowie für die Gouverneurposten, hat in der ganzen Welt hohe Wellen geworfen. Man kann die Bedeutung des Ereignisses in wenige Worte zusammenfassen: *Roosevelts «New Deal» scheint über den Haufen geworfen. Die Gegner aller staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft wittern Morgenluft* und richten sich ein. Schon hebt Mr. *Truman die Kontrolle der Löhne und der meisten Preise,* nicht der Mieten, auf. Fallen sollen alle Vorschriften in bezug auf Einschränkung und Planung. Träume steigen auf vom *Phantom einer wiederhergestellten «gänzlichen liberalen» Wirtschaft.* Wie es theoretisch einst gewesen, praktisch aber noch niemals war, soll ein «freier Markt» wieder erstehen und die Preise «auf natürliche Weise» regeln. Wenn endlich eine solche Regelung stattfindet, wird jedermann glücklich unter seinem Weinstock und unter seinem Feigenbaum wohnen und sich künftig nicht mehr fürchten vor Uniformen, Formularen und allerlei farbigen Briefumschlägen.

Natürlich gehört dazu, dass sich der «gute Bürger» künftig nie wieder ärger oder fürchten muss vor Streiks, vor der Lahmlegung der Eisenbahnen und Schiffahrtslinien, der grossen Fabriken, der Gasthäuser oder gar der staatlichen Büros durch «verhetzte Arbeiter und Angestellte». Es wird nicht mehr sein wie heute, wo man keinen Tag weiss, ob man morgen fahrplanmässig wegfahren, ob man die bestellte Ware am Bahnhof ausladen kann. Und so weiter und so weiter. Wir sind die letzten, die der Ansicht sind, es habe sich in USA um «normale Zustände» gehandelt. Aber wir sehen voraus, dass der grosse Haufe amerikanischer Wähler, welcher der grossen anti-etatistischen Propaganda erlegen und den Republikanern zu ihrem grossen Siege verholfen, bald einmal von einer riesigen Enttäuschung heimgesucht werden wird. Denn:

Erstens ist es *leider nichts mit dem wieder erstehenden «freien Markte».* Die Gesetze der freien «liberalen» Wirtschaft haben dort ausgespielt, wo sich die Trusts eingerichtet haben. Trusts und Kartelle schreiben die Preise vielfach vor, hemmen ihre «natürliche Entwicklung». Es fällt ihnen nicht ein, zu bremsen, wenn auf dem Markt jene wilde Nachfrage, wie eben gegenwärtig, die Preise in die Höhe jagt. Aber sofort, wenn die Situation sich ändert, wenn die Kauflust des Publikums nachlässt, wenn eine Baisse droht, treten die Trusts in Funktion und lassen die angeblich gesunde Senkung bis auf eine «normale Basis» nicht zu. Dies vielleicht sogar zum Heil des Landes, das andernfalls durch einen wahren Kataraki von Konkursen in den Abgrund fahren würde, träte dieser imaginäre radikale Preisfall ein. Trustdiktate also werden verhindern, dass sich die Preise wie ehemals «frei bewegen». Dies wird in Zukunft nie mehr möglich sein. Und eben daran werden sich die Bürger der USA ihre Enttäuschung holen — ihr «grosses Verschnupftsein».

Daneben aber gibt es *einen zweiten Faktor,* den auszuschalten ungeheure Opfer kosten wird, falls man diese Ausschaltung versuchen sollte: *Es gibt die Gewerkschaften.* Sollten die Preise jeder Kontrolle entzogen werden und in jene Höhe klettern, die den Spekulanten als das Paradies vorkommt, dann greifen die beiden grossen, einander konkurrenzierenden Gewerkschaften unweigerlich zum Mittel des Streikes. Die Frage steht offen, ob die neue republikanische Mehrheit, die *vorderhand noch mit dem «demokratischen» Präsidenten Truman und seinen Gefolgsleuten zu regieren hat,* verlangt, dass die Rechte der Gewerkschaften wieder auf jenen Umfang reduziert werden, wie er vor der «Aera Roosevelt» bestand. Vor dem «New Deal» existierten Arbeiterverbände eigentlich nur als geduldete Verbindungen. Roosevelt hatte sie halb und halb legalisiert. Natürlich schaffte er die herkömmlichen Schutzbestimmungen für Streikbrecher nicht ab. Aber der Initiator der «New-Deal-Politik» betrachtete eine Gewerkschaft, die ihre Löhne verbesserte, als eine Organisation

die ihren Leuten vermehrte Kaufkraft verschaffte — zum Vorteil für die produzierenden Farmer, Gewerbler und Industriellen. Wird Amerika nun den Versuch machen, nach mussolinischem und hitlerischem Muster, oder auch weniger brutal und weniger ideologisch verbrämt, diese Aktionsfreiheit der Gewerkschaften abzutöten? Vielleicht sie überhaupt auszuschalten?

Russland fürchtet das künftige Amerika, *nicht das gegenwärtige*, hat ein angelsächsischer Schriftsteller geschrieben. Moskaus Furcht gründet sich auf die Annahme, dass die Herren in den Trusts versuchen werden, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Tun sie das, dann drosseln sie die Quelle der Kaufkraftzunahme bei den grossen Massen. Dadurch rufen sie der furchtbarsten Wirtschaftskrise, welche je ein Staat erlebt hat. Ihr altes Allheilmittel, Export um jeden Preis, kann die Krise nicht beheben. Millionen und aber Millionen amerikanischer Arbeiter werden jahrelang auf dem Pflaster liegen. Ganz abgesehen davon, dass alle übrigen Länder sich nicht bereit finden werden, ihre Märkte durch amerikanische Unterangebote ruinieren zu lassen. Das britische Empire und seinem Beispiel folgend fast die ganze Welt werden sich durch Planung gegen das Uebergreifen der Krise aus USA ««abdichten». So muss denn Amerika in seinem eigenen Feuer kochen. Und was wird die Folge sein?

Die Russen schliessen: *Entweder reisst abermals ein Steuermann vom Range Roosevelts* (er mag nun Republikaner oder Demokrat oder am Ende Labourmann sein), *das gefährdete Schiff herum* und rettet durch einen «Dew Deal» Nr. 2» das Land aus der Anarchie. Vielleicht vermeidet er die Nachteile der kriegswirtschaftlichen Bürokratie, welche das demokratische Regime stürzte, indem sie sich dem Bürger an jeder Strassenecke verhasst machte. Der «zweite New Deal» und sein «neuer Roosevelt» würden die Gewerkschaften abermals als «Planungselement» einspannen, aber bewusster und in mancher Hinsicht vernünftiger. Jedenfalls aber würde man «planen», um aus der entfesselten Anarchie herauszukommen...

Oder aber, USA hätte keinen neuen Roosevelt und würde nicht den Weg zu einem zweiten «New Deal» finden. Dann bliebe, um aus der tödlichen Gefahr eines innern Umsturzes herauszukommen, *nur das alte Rezept* übrig, das schon immer angewendet wurde, wenn verhungernde Völker keinen andern Ausweg mehr fanden: *Das aussenpolitische Abenteuer! Der Krieg!* Man holt sich, was man bei sich zu Hause nicht zu schaffen weiss, bei den andern. Auf *dieses* Amerika schaut man in Moskau wie hypnotisiert, obgleich es noch nicht existiert. Es muss folgerichtig geboren werden, wenn die heute siegreichen Trustherren — denn *sie* haben die anti-etatistische Parole ausgegeben — mit den alten, vor anderthalb Jahrzehnten total gescheiterten Mitteln — die Wirtschaft der USA betreiben wollen. *Ohne Roosevelts Intervention hätten die Staaten schon damals in den Orkus fahren können. Siebzehn Millionen Arbeitslose, 25 000 Banken vor dem Bankrott, ganze Wohnquartiere von den Mietern verlassen, dafür Barackenstädte vor den Mauern*, Hütten aus Karton, Konservenbüchsen und wer weiss welchen Produkten aus den Alteisenlagern der Fabriken. So war es damals! Und wer damals die Augen offen hielt, weiss, dass Roosevelt den Karren, der geradewegs zum Abgrund sauste, gleichsam in einer steilen Spitzkurve herumriss...

Und die amerikanische Aussenpolitik heute?

Sie werde nicht wesentlich anders sein als während der Truman-Aera, versichert der und jener Zeitungsmann. Vor allem nicht «versteift». Diesen Versicherungen wird man zunächst durchaus trauen dürfen. Denn Amerika hat sich schon bisher hart genug erwiesen; die verschiedenen Konferenzen sprachen deutlich genug, und was *die gegenwärtig noch weiter tagende UNO-Versammlung und die parallel gehende Konferenz der vier «grossen Aussenminister»* angeht, ist die alte Härte Amerikas nicht härter, aber auch nicht weicher geworden. Die politischen Linien sind ja vorgezeichnet. *Im Mittelmeer* verteidigt Amerika mit England zusammen die Sicherung des letzten schmalen Landriegels, welcher das russische Schwarzmeer von der «westlichen» Aegäis trennt, und weder Washington noch London werden die Türkei und Griechenland in russische Hände fallen lassen. Dass nach wie vor Kriegsschiffe beider Mächte in diesen so wichtigen Gewässern kreuzen, zeigt, dass sich nichts geändert hat und nichts ändern wird. *Die «Adria-Position»* wird ebenso gehalten werden. Womöglich kann man einmal den «Landriegel» wieder verbreitern, indem etwa in *Albanien* und *Bulgarien* der Opposition ein Luftloch aufgeht und ein Umschwung glückt. Vorderhand scheint dies zwar ausgeschlossen — aber man kann den Unzufriedenen durch platonische Demonstrationen Mut machen. So etwa, indem man, gleich den Engländern, *in Sofia* fernbleibt, wenn daselbst die neue, nunmehr republikanische Sobranje eröffnet wird. Oder, indem man *eine Mission, die Albanien besuchte*, unverrichteter Dinge wieder aus Tirana abreisen lässt. Es gilt übrigens auch, *russische Versuche*, den Landriegel zu verstärken, im Keime zu ersticken. Einen solchen Versuch vermuten die Misstrauischen in *Togliattis Besuch bei Tito* und in seinem Anerbieten, *Görz bei Jugoslawien zu belassen, wofür dann Triest bei Italien verbliebe;* die Position von Görz würde das italienisch gewordene Triest vom Lande her so umklammern, dass es strategisch wertlos wäre. Beide angelsächsischen Aussenminister, übrigens auch die Rechte in Italien, wandten sich sogleich energisch gegen diesen «moskowitischen Handel». Für den Westen gab es nur *eine* Version: Togliatti und Tito, die beiden Kommunistenchefs, hatten im Einverständnis mit Moskau diesen Versuch einer konspirativen Abänderung des Friedensplanes von Paris unternommen.

Sind aber die Angelsachsen — wenn wir die politischen Probleme der Welt in ihrer Gesamtheit überblicken — überall einig? Was die «deutsche Front» angeht, wird man mehr Licht gewahren, sobald nun die längst angesagte November-Konferenz der «grossen Vier» über das Problem Deutschland verhandeln mag. Und — auch über Oesterreich. Die soeben beendeten *Wahlen in Frankreich*, worin die *Kommunisten siegten*, stärken Moskaus Positionen. Stalin sprach der wirtschaftlichen und politischen Vereinheitlichung des Restreiches das Wort — aber die Ueberschüsse der deutschen Industrieproduktion aus dem russischen Sektor gehen nach Russland, und die landwirtschaftlichen Produkte gehen nicht über die Elbe und Saale. Das ist die praktische Ablösung des Ostens vom nunmehr einheitlich regierten amerikanisch-britischen Westen. Ob die Konferenz daran etwas ändert? Die Deutschen — und die Angelsachsen, hoffen es jedenfalls.

Dunkel bleibt auch, *wie weit die beiden angelsächsischen Mächte in der Palästinafrage zusammengehen.* Seit die Zionisten glauben, von Amerika in der Einwanderungsfrage Unterstützung zu erhalten, geht die stärkste bewaffnete Organisation, die «*Haganah*», dazu über, *die terroristischen Verbände der Zwai Leumi und des Sternbundes unschädlich zu machen.* Gibt es eine solche amerikanische Hilfe, die sich den arabischen Wünschen widersetzen will? Die Engländer behaupten, dass amerikanisches Geld mithelfe, um die illegale Einwanderung nach Palästina zu fördern: «Jährlich 100 000 Köpfe!» Sofern dies stimmt, könnte die britisch-amerikanische Harmonie schon gestört werden, *bevor sich der republikanische Wahlsieg durch das Aufreissen der sozialen Kluft zwischen den beiden Staaten bemerkbar machen wird.*

Forellenstube
Herrengasse 25 (Casino)